Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 12 (1932-1933)

Heft: 9

Artikel: Die amerikanischen Präsidentenwahlen

Autor: Wolfer, Ernst

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-157547

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 27.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Im übrigen gewärtige ich, ob die "Neue Zürcher Zeitung" die "grundslegende These" der gelben Hefte, nämlich die wirklich von ihnen aufgestellte und nicht die ihr fälschlicherweise zugeschriebene, zu widerlegen unternimmt. Gelingt ihr die Widerlegung, so bin ich, das liegt schon in meinem Beruse, selbstverständlich stets bereit, der besseren Einsicht der Anderen ohne Widersrede zu solgen.

Die amerikanischen Präsidentenwahlen.

Bon Ernft Wolfer.

as Ergebnis der amerikanischen Präsidentenwahlen kam nicht unerwartet. Überraschend aber war der Umfang des demokratischen Bahlsieges vom 8. November. Sowohl das Mehr an Volksstimmen, wie das Mehr an Elektoratsstimmen übertrifft die bisherigen Rekorde. Gegenüber der Wahl vor vier Jahren bedeutet das diesjährige Ergebnis einen Erdrutsch von einem Drittel der Gesamtstimmen von der republikanischen zur demokratischen Partei. Bon 48 Staaten stehen dies Jahr 42 auf Roosevelts Seite, wobei es diefes Sahr ben Demokraten fogar gelang, einige Stude aus bem traditionell-soliden republikanischen Block der New-England Staaten herauszubrechen. Und tropdem war diesmal eine Wahlprognose durchaus nicht leicht. Noch einen Monat vor den Wahlen wurde die Frage ernsthaft dis= kutiert, ob New York, ein meist republikanisch wählender Staat, diesmal zu Hoover oder Roosevelt stehen würde; die Wahlen brachten dem demokratischen Kandidaten ein Riesenmehr von über 600,000 Stimmen. Das gleiche geschah im meist ebenso republikanischen Californien, Hoovers Wahlheimat. Die demokratische Springflut fegte auch eine riesige Zahl von republikanischen Inhabern von Governorposten, Staats=, Distrikts=, County= und Gemeindeämtern hinweg und setzte an deren Stelle Demokraten. Das Repräsentantenhaus erhält eine noch nie gesehene demokratische Mehrheit und die Ergebnisse der Wahlen in den Senat geben den Demokraten auch bort die sichere Kontrolle. Einige berühmte und würdige Mitglieder des Senates sind den Wahlen zum Opfer gefallen, so Senator Moses in Rhode Jiland, der dem Senat bereits 30 Jahre angehörte, und Senator Smoot aus Utah, der Mitverfaffer des berüchtigten Sawlen-Smoot-Rolltarifes.

"Es muß anders werden" war der Grundton, der die Wahlen besherrschte. Die Wirtschaftskrise, die über der Welt steht und diesmal auch Amerika packte, fand das amerikanische Volk im Zustand rosigsten Prosserityglaubens. Die bisherige Entwicklung schien skändig zunehmenden

Wohlstand und Reichtum zu versprechen. Der Umbruch traf ein geistig völlig unvorbereitetes Bolt, das in seinem Optimismus von Grund auf erschüttert wurde und ber neuen Aufgabe, sich unter den Bedingungen einer gegebenen Anappheit organisch einzurichten, hilflos gegenübersteht. Das amerikanische Bolk tat, was jede Masse unter solchen Umständen tut: es suchte einen Sündenbod. Und es fand ihn in Hoover und seiner Politik, vor allem der Schutzollpolitik. Die Worte Roosevelts vom "forgotten man" und vom "new beal", bas er bem Bolt versprach, tonten wie Evangelium. Hoover versuchte umsonst, dem Bolte begreiflich zu machen, daß einzig eine konsequent fortgesette Schutzollpolitik menigstens ben Inlands= markt zu ichüten vermöge und daß die unerfreulichen Berhältnisse auf den ausländischen Märkten auf Faktoren wirtschaftlicher und vor allem politischer Art zurückzuführen seien, beren Besserung nur in geringem Maße in der Macht des amerikanischen Präsidenten stehe. Roosevelt fand willige Ohren, als er die amerikanische Hochschutzollpolitik für die als Bergeltungs= magnahmen errichteten Zollmauern in der übrigen Welt verantwortlich machte und Hoover wegen seiner passiven Haltung gegenüber ben schlechten Berhältnissen in Amerika angriff. Das Wahlergebnis bedeutet benn auch weniger ein eigentliches Rutrauensvotum für Roosevelt, als viel eher eine Mißtrauenstundgebung gegen Hoover. "Wenn es einen wirklichen Fortschritt in unabhängigem Denken bedeuten murbe, mare bas Ergebnis ein gutes Omen. Bedauerlicherweise ift es aber mehr auf gefühlsmäßige Erregung als auf überlegung zurückzuführen" (New York Times).

Roosevelt machte eine Reihe positiver Verbesserungsvorschläge für eine Hilfe für die Farmer, zur Sanierung des gefährdeten Eisenbahnwesens, zur stärkeren behördlichen Regelung und Kontrolle der Energiewirtschaft. Er versprach eine Herabsehung der Regierungsausgaben um 25 % (ein Verssprechen, das in weitesten Kreisen als "hocub" betrachtet wird) und eine Reduktion der drückenden Steuern durch Verkauf von besteuertem Bier. Im Ganzen machten seine Reden einen etwas unbestimmten, nach allen Seiten schillernden Eindruck, während Hoovers politische Richtlinien deutslicher waren. Anderseits war Roosevelt viel der Angriffigere und Inistiativere, während Hoover eher passiv erschien und starr an einem "aussrangierten politischen Eredo" sesthielt.

Im allgemeinen spielten im diesjährigen Wahlkampf nicht eigentlich tiefgreisende sachliche Verschiedenheiten zwischen den beiden Parteien eine entscheidende Rolle. Die Fronten gingen wirr durcheinander. Überhaupt sind die amerikanischen Parteien Sammelbecken sür Verschiedenartigstes. Alle möglichen Dinge spielen bei einem Entscheid eine Rolle, wie lokale und regionale Interessen, Rasse, überlieserung, Temperament, Vorurteile u. s. w., die sich in den verschiedenen Landesteilen in allen Richtungen übersschneiden. Die Parteien sind nicht durch objektive Merkmale gekennzeichnet, wie in Europa. Die einzige sichere Scheidung ist die, daß der Südosten sicher demokratisch, einige Staaten im Nordosten republikanisch wählen.

Die beiden Parteien mit ihren wohl durchorganisierten Parteimaschinen sind eigentlich nur zwei verschiedene Wege, zu Umt und Macht zu kommen, wobei diejenige Partei, die zur Zeit einer Wahl an der Regierung ift, wegen der weitgehenden Berknüpfung von ökonomischen Interessen mit Politik einen Vorsprung über die andere besitzt. Das hiesige Zweiparteienshiftem gibt anderseits dem Bolke die Möglichkeit, seine Unzufriedenheit abzureagieren, indem es zur anderen Partei abschwenkt, wobei sachlich im allgemeinen allerdings meist nicht viel geändert wird. Die herrschende Bartei trägt mit ihrem Präsidenten eine persönliche Verantwortung für die eingeschlagene Politik, muß ständig auf die Opposition Bedacht nehmen, wenn sie nicht ihre Stellung verlieren will und bezahlt eine ungünstige Politik mit dem Verlust aller Stellen. Das amerikanische Wahlsystem ist so beschaffen, daß meiner Unsicht nach die Bilbung einer dritten Partei auf die Dauer unmöglich ift, abgesehen von Minderheitsparteien mit lokaler Bedeutung ober vorübergehenden Kriftallisierungen. Die Volkswahl bes Präsidenten mit dem politischen Schwergewicht auf dieser Präsidentenwahl begünstigt das Zweiparteiensustem, mährend unsere Proportionalwahl mit Berlegung des Schwerpunktes in die Parlamentswahlen Splitterparteien begünstigt und eine verantwortliche Mehrheitspartei verunmöglicht.

Die Prohibition hat während der Wahlkampagne eine geringe Rolle gespielt, bis die Frage durch Al Smiths kühne Rede von Newark kräftig belebt wurde, als er die Prohibitionisten als "bigott, falsch und heuchlerisch" brandmarkte. Smith benützte seine Rede dazu, um ohne Rücksichtnahme auf die demokratische Partei seinen Kropf zu leeren und für seine Niederlage 1928 Abrechnung zu halten. Die Wirkung war zweiselhaft; das demostratische Hauptquartier war erschrocken und legte Smith für die nächsten Reden kräftige Bremsen an. Eigenartigerweise stand nach den Wahlen die Prohibition und die Frage einer Anderung des Shstems auf einmal im Vordergrund, als es sich zeigte, daß ihr Schicksal besiegelt sein dürste.

Eine Frontenbildung trat besonders klar in die Erscheinung: Progressive gegen Konservative. Die Progressiven umfassen eine zahlenmäßig starke Wählerschaft der westlichen Staaten und leisten einigen eigenwilligen, äußerst angesehenen und tüchtigen Führern treue Gesolgschaft. Sie bestannten sich in den dießjährigen Wahlen einmütig zu Roosevelt. Hiram Johnson, ein urwüchsiger und selbständiger Senator aus Californien, Senator Norris aus Nebraska, Senator La Follette, der in Wisconsin die Tradition seines Baters kräftig sortsett, der blinde, äußerst kluge Senator Gore aus Oklahoma und Senator Cutting aus Kansas, alles progressive republikanische Mitglieder des Senates, werden kräftig für Roosevelt und wurden von den republikanischen Blättern natürlich als Querköpfe besichimpst. Hoover gab sich äußerst konservativ, wandte sich kräftig gegen den "gefährlichen Radikalismus" Roosevelts und warnte in einer Abresse den über American Bar Association, den amerikanischen Juristenverein, vor "der Versührung durch salsche Propheten eines tausendsährigen Reiches

und durch demagogische, undurchführbare und verheerende Regierungstheorien". Die Republikaner suchten ihr Heil barin, eine gewisse Panikstimmung und Furcht vor einem Regierungswechsel zu wecken. Eine Reihe
von großen Unternehmungen waren beschuldigt, ihre Arbeiter und Angestellten in diesem Sinne zu ängstigen. Die Fordwerke erließen an ihre Arbeiterschaft ein Bulletin mit der Feststellung: "Wir sind überzeugt, daß
jeder Bruch in Hoovers Programm Industrie und Beschäftigung schäbigen
würde. Um zu verhindern, daß die Zeiten noch schlechter werden, und um
bessere Zeiten herbeizusühren, muß Präsident Hoover gewählt werden."
(Eigentümlicherweise hat Ford nach der Wahl Roosevelts entdeckt, daß die
Wirtschaftspolitik des neuen Präsidenten die Industrie wieder beleben
werde.) Roosevelt wandte sich mit Wucht gegen diese Druckversuche und
brandmarkte den republikanischen Appell an die vielen Amerikanern tief
in den Knochen sitzende Angstlichkeit als "Akte der politischen Berzweislung" und "Oktoberhysterie".

Die diesjährigen Wahlen sind darum grundsätlich interessant, weil sie wohl den Markstein zu einer neuen Staatsauffassung bilben. Die Bereinigten Staaten beginnen jest eine Entwicklung zu wiederholen, die in Europa ihrem Ende entgegengeht. Amerika steht an der übergangsschwelle vom liberalistischen "Nachtwächterstaat", immer und immer wieder treulich dargestellt in Hoovers Appell an die traditionelle amerikanische Politik, zum liberalen Wohlfahrts= und Interventionsstaat. Roosevelt hat in einer Rebe in San Francisco seine Staatsauffassung dargelegt: "Unsere lette Grenze ist seit langem erreicht und wir haben praktisch kein freies Land mehr. . . Die Tage bes großen Finanzmagnaten, bem wir alles gewährten, wenn er nur gründete und ausbaute, find vorbei. Unsere Aufgabe ist nicht die Entdeckung ober Ausbeutung natürlicher Vorräte ober Ausdehnung unserer Produktion. Es ift die nüchterne, weniger bramatische Aufgabe, bie bereits bestehenden Möglichkeiten richtig zu verwalten und die bestehenben wirtschaftlichen Einrichtungen in den Dienst des Volkes zu stellen. . . Nach meiner Auffassung besteht die Aufgabe der Regierung gegenüber der Wirtschaft darin, eine wirtschaftliche "Declaration of rights" und eine Wirtschaftsverfas= jung auszuarbeiten... Zeber Mensch hat ein Recht, zu leben und ein anständiges Austommen zu finden... Es ist die Pflicht der Regierung, ihm die Möglichkeit zu geben, durch eigene Arbeit für seine Bedürfnisse einen Teil der reichen Vorräte zu erwerben... Wir wissen, daß die Einzelwirtschaften nicht bestehen können, wenn die Kaufkraft nicht auf alle Gruppen des Volkes verteilt ift. Darum beschränken gewisse einsichtige Industrien von sich aus ihre Freiheit im Gemeininteresse, und darum verlangt die Wirtschaft eine Organisationsform, die die Dinge ins Gleichgewicht bringt, obschon bis zu einem gewissen Umfang die individuelle Freiheit eingeschränkt wird... Neue Berhältnisse verlangen neue Maß=

nahmen von den Regierenden. Wir wissen, daß individuelle Freiheit nichts wert ist, wenn sie nicht in dem Sinne geregelt ist, daß des einen Vorteil nicht des andern Schaden ist." Und gegenüber Hoovers Konservativismus ruft er: "Amerika ist frisch. Es ist im Prozeß des Wechsels und der Ent-wicklung. Es hat die starken Kräfte der Jugend in sich."

* *

Europa ift vor allem an den Auswirkungen des demokratischen Wahlsieges auf die Außenpolitik der Bereinigten Staaten interessiert. Die Außenhandelspolitit dürfte wohl auf eine wesentliche Berabsetzung ber gegenwärtigen Einfuhrzölle gerichtet fein. Die demokratische Plattform, von Roosevelt "zu 100 % angenommen", verlangt eine "gründliche Ande= rung der Wirtschaftspolitik" und verdammt den Hawlen-Smoot-Tarif, "bessen prohibitive Ansätze Vergeltungsmaßnahmen von mehr als vierzig Staaten zur Folge hatten, einen internationalen Wirtschaftskrieg entfesselten, den Welthandel zerftörten, unsere Fabriken ins Ausland trieben, ben amerikanischen Farmer bes ausländischen Absahmarktes beraubten und die Produktionskosten erhöhten." Die alte grundsätliche Freihandelspolitik ber Demokraten gehört zwar zum alten Gisen; sie treten heute für eine "ge= mäßigte Schutzollpolitit" ein. Aber auch wenn man die Schwierigkeiten, denen Roosevelt begegnen wird, berücksichtigt, so darf man doch eine wesentliche Herabsetung vieler Anfate, namentlich für Fabrifate, erwarten, mas auch dem Schweizer Export wieder etwas auf die Beine helfen würde.

Sehr schwierig ist es, eine Prognose über die zukünftige Außen=
politik der Union zu machen. Während die republikanische Partei
ein einheitlicheres Gepräge zeigt, sett sich die Flut, die Roosevelt ins Weiße Haus trug, aus sehr heterogenen Elementen zusammen, die sich
außenpolitisch im konservativen Demokraten Norman Davis, dem früheren
Gesandten in London, und Robert Hearst, innenpolitisch etwa in Al Smith
und dem Californier McAdoo, dem Schwiegersohn Wilsons, polarisieren.
Die erste Wirkung des Wahlergebnisses ist eine Verschleppung vieler wich=
tiger Entscheide während der "lame duck season" bis zum Amtsantritt des
neuen Präsidenten am 4. März, den Lausanner Vertrag, die Schuldenfrage,
die Abrüstungsfrage und die Stellung Amerikas zu Manchucuo betreffend.

Wie sich die amerikanische Außenpolitik, die sich unter der geschickten Führung Stimsons ziemlich aktiv anließ, unter demokratischem Regime gesstalten wird, hängt stark von der Persönlichkeit des neuen Staatssekretärs ab, die heute noch ganz im Ungewissen liegt. Weite demokratische Areise befürworten eine stärkere Annäherung an den Bölkerbund (ein eigentlicher Eintritt Amerikas ist wohl ausgeschlossen) und eine kräftigere Führung Amerikas in der Lösung der gegenwärtigen weltpolitischen Konflikte. Andersseits wirken starke Aräfte gegen jede Beteiligung Amerikas am Bölkerbund und am Haager Gerichtshof und für ein Zurückziehen der Union auf ihren Kontinent und ihre eigenen Interessen. Bermutlich dürste die zukünstige

Haltung Amerikas gegenüber ben internationalen Problemen eher passiver werden. Auch gegenüber Japan dürfte Amerika zurückhaltender sein. Man hat hier Stimson in weiten Kreisen den Borwurf gemacht, er spanne die amerikanischen Kräfte vor den zu schwachen Wagen des Völkerbundes, der sür sich unfähig ist, Japan zur Ordnung zu weisen, und lasse Amerika für den Völkerbund die Kastanien aus dem Feuer holen. Stimsons energisches Auftreten gab dem Völkerbund gegenüber Japan eine wesentliche moralische Stärkung, während eine passive Haltung Amerikas in der mandschurischen Frage den Völkerbund auch noch seiner letzten Krast berauben würde. Amerika dürfte sich wohl wieder stärker auf den Boden der Monroesdöktrin stellen und die demokratische Plattsorm besürwortet denn auch "Zusammenarbeit mit den Nationen der westlichen Hemisphäre zur Ausrechtserhaltung des Geistes der Monroedoktrin".

In der Kriegsschuldenfrage tritt Roosevelt ein bitteres Erbe an. Das amerikanische Volk ist der Meinung, daß eine Reduktion der europäischen Kriegsschulden im eigenen Interesse wohl nicht mehr umgangen werden kann. Anderseits ist es und vor allem die demokratische Partei gegen eine Streichung. Roosevelt sieht die Lösung darin, daß er den europäischen Völkern durch Herabsehung der Zölle wieder Gelegenheit geben wird, nach Amerika zu exportieren. Der Exporterlös wird dann eine Bezahlung der Schulden ermöglichen. Amerika wird sich also wohl auf alle Fälle am Ansfang in der Schuldenfrage nicht zu entgegenkommend zeigen, dis das neue Mittel ausprobiert ist. Dadurch wird aber, dank dem in Lausanne gesschlossenen Gentlemen's Agreement, auch die Lösung der Reparationenfrage auf die lange Bank geschoben.

Von Interesse ist sodann die amerikanische Haltung gegenüber Frankreichs jüngstem Vorschlag an der Abrüstungskonferenz. Während Stimson
offensichtlich Frankreichs Plan günstig gegenübersteht, ist die Haltung der
zukünftigen Regierung zweifelhaft. Die Möglichkeit ist groß, daß auch in
diesem Punkt die Union größere Zurüchaltung zeigen wird.